

## INHALT

- **Deutscher Pflegetag: Aufwertung der Pflege organisieren**
- **Höhere Anforderungen an Hebammenausbildung**
- **Deutsches Implantateregister geplant**
- **Neun Nominierte für Preis der Gesundheitsnetzwerker**
- **Reform der Psychotherapeuten-Ausbildung**
- **Modellprojekt für weniger Patienten in der Notaufnahme**
- **Immer mehr Homöopathie**
- **Deutscher Krebspreis 2019 nach Mainz**
- **Auftaktkonferenz „Qualitätsdialogen“**
- **WidO: Neue Homepage mit mehr Service**
- **Hintergrund: Der Beruf bestimmt den Krankenstand**

Redaktionsschluss  
dieser Ausgabe:  
22. März 2019

## ■ Krebs-Früherkennung: Versicherte werden zu wenig aufgeklärt

Teilnehmer von Krebs-Früherkennungs-Untersuchungen werden zu selten oder nicht umfassend genug über den Nutzen, aber auch mögliche Nachteile der Untersuchungen aufgeklärt. Das zeigt eine repräsentative Befragung von mehr als 2.000 gesetzlich Versicherten für den „Versorgungs-Report Früherkennung“ des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WidO). Nur etwa 55 Prozent der teilnehmenden Frauen wurden nach eigenen Angaben über die Vorteile der Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs informiert. Noch geringer war mit 25 Prozent der Anteil der Frauen, die Informationen über mögliche Nachteile der Untersuchung wie falsch positive Befunde erhielten. Ein ähnliches Bild zeigte sich auch bei der Darmkrebs-Vorsorge. Nur bei der Brustkrebs-Früherkennung war das Verhältnis ausgewogen: Jeweils etwa die Hälfte der Frauen berichtete, dass sie über Nutzen beziehungsweise Nachteile aufgeklärt worden seien. „Bei der Förderung der informierten Entscheidung sind die Ärztinnen und Ärzte besonders gefragt“, sagt Martin Litsch, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes. Auch die AOK wolle ihren Beitrag zur Verbreitung entsprechender Aufklärungsmaterialien etwa des **Gemeinsamen Bundesausschusses** (GBA) leisten.

Infos: [www.wido.de](http://www.wido.de)

## ■ TSVG im Bundestag verabschiedet

Der Bundestag hat das **Terminservice- und Versorgungsgesetz** (TSVG) der Bundesregierung gebilligt. Das TSVG wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der Opposition in der Beschlussfassung des Gesundheitsausschusses angenommen. Dieser hatte einen Tag zuvor noch 54 Änderungsanträge zum TSVG-Kabinettsentwurf ergänzt. Von den Änderungen profitieren insbesondere die niedergelassenen Ärzte. So sollen Hausärzte künftig zehn Euro für die Vermittlung eines Facharzttermins erhalten. Bisher waren fünf Euro vorgesehen. Die Behandlung von neuen Patienten soll extrabudgetär vergütet werden. Für Patienten, die über eine Terminservice-stelle vermittelt wurden, soll es nach Wartezeit gestaffelte Zuschläge geben. Gestrichen hat der Ausschuss die noch im Kabinettsentwurf vorgesehene Regelung für einen gestuften und gesteuerten Zugang zur Psychotherapie. Der Bundesrat berät abschließend am 12. April. Das Gesetz ist aber nicht zustimmungspflichtig und könnte in weiten Teilen bereits zum 1. Mai 2019 in Kraft treten.

Infos: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)



jetzt **auch** als  
**digitales Magazin**

Kostenfrei alle Inhalte  
der G+G lesen.  
**Jetzt anmelden**  
und keine Ausgabe mehr  
verpassen.  
Newsletter inklusive

[www.gg-digital.de](http://www.gg-digital.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Deutscher Pflegetag 2019: Aufwertung der Pflege organisieren

Bis zum Sommer 2019 will die „Konzertierte Aktion Pflege“ (KAP) Konzepte und Empfehlungen entwickeln, um den Arbeitsalltag und die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften spürbar zu verbessern. Anlässlich des Deutschen Pflegetages 2019 zeigte sich der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch, zuversichtlich, dass dies gelingt. „Mancher mag dieses Pferd längst für tot halten. Die drei Bundesministerien und die KAP sind da optimistischer. Sie satteln das Pferd gerade für den nächsten Ausritt.“ Der Verbandschef hob die Schlüsselrolle der Pflege in der medizinischen Versorgung hervor. „Die Pflege versorgt und betreut eigenverantwortlich Menschen aller Altersgruppen. Sie sichert heute schon die kontinuierliche Versorgung von Patienten und Pflegebedürftigen über Sektorengrenzen hinweg.“ Um die Attraktivität der professionellen Pflege zu erhöhen, gelte es, dieses Rollenverständnis in den Blick nehmen und weiterzuentwickeln. Litsch nannte eine angemessene Bezahlung und durchlässige Bildungsangebote „Schlüsselfaktoren für die Wahl des Pflegeberufs“ „Die Arbeit mit wissenschaftlichen Instrumenten motiviert die Pflegefachkräfte, weil sie deren fachliche Kompetenz einfordert und ihre Rolle sowie ihr Wissen ernst nimmt“, so Litsch.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

## ■ Höhere Anforderungen an Hebammenausbildung

Die Große Koalition hat konkretisiert, wie sie die Ausbildung in der Geburtshilfe reformieren will. Dass Hebammen und Entbindungspfleger künftig ausschließlich akademisch ausgebildet werden sollen, hatte das Bundesgesundheitsministerium bereits in einem Eckpunktepapier Anfang Januar angekündigt. Grundlage für die geplante Novelle ist eine EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion erläuterte die Bundesregierung nun, dass die Novelle gemäß den EU-Vorgaben bis zum 18. Januar 2020 umgesetzt werden soll. Geplant sei eine am dualen Studium orientierte Ausbildung mit hohem Praxisanteil. Mindestens ein Drittel der Mindestausbildungszeit von 4.600 Stunden solle in der praktischen Ausbildung erfolgen, heißt es. Die Zugangsvoraussetzung für die Hebammenausbildung werde zudem von einer zehnjährigen auf eine zwölfjährige Schulausbildung angehoben. Die Anforderungen an die Kenntnisse und Fähigkeiten der Hebammen und Entbindungspfleger sollen demnach systematisch erhöht werden, so die Bundesregierung in ihrer Antwort. Sie schätzt, dass über 2.000 Studienplätze benötigt werden und prüft derzeit, inwieweit sich die Expertise der Hebammenschulen bei der Novellierung berücksichtigen lässt. Geprüft wird zudem, ob es für einen Übergangszeitraum erforderlich und möglich sei, die fachschulische Ausbildung neben dem Studium aufrecht zu erhalten.

Infos: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

### ZUR PERSON I



■ **Prof. Ferdinand Gerlach** bleibt an der Spitze des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR). Die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn für die Amtsperiode vom Februar 2019 bis Januar 2023 ernannten SVR-Mitglieder wählten den Frankfurter Allgemeinmediziner in der konstituierenden Sitzung am zum Vorsitzenden. Der Gesundheitsökonom Prof. Wolfgang Greiner wurde erstmals stellvertretender Vorsitzender.



■ **Han Steutel**, Geschäftsführer von Bristol-Myers Squibb, übernimmt ab dem 1. Mai kommissarisch die Leitung des Verbandes forschender Arzneimittelhersteller (vfa). Die bisherige Hauptgeschäftsführerin Birgit Fischer scheidet Ende April aus. Steutel ist aktuell auch Vorstandsvorsitzender des vfa. Bis zur Mitgliederversammlung im Juni bereitet der Vorstand nach eigenen Angaben eine strategische Neuaufstellung des Verbandes vor.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Deutsches Implantateregister geplant

In der Fachanhörung zum Implantateregister-Errichtungsgesetz haben Ende Februar **Vertreter der gesetzlichen Krankenversicherung** die Kernziele des Gesetzes begrüßt. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) hatte im Januar einen **Referentenentwurf** vorgelegt. Mit dem Gesetz sollen die rechtlichen Voraussetzungen für ein verbindliches, bundesweites Implantateregister geschaffen werden. Deutliche Kritik äußerten der AOK-Bundesverband und sein Aufsichtsrat an der im Entwurf vorgesehenen Ermächtigung des BMG, bei der Methodenbewertung künftig Beschlüsse des **Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA)** korrigieren zu dürfen. Dieser Plan sei ein Angriff auf die medizinische Vernunft und gefährde die Sicherheit der Patienten. Bisher habe sich die Solidargemeinschaft der Krankenversicherten darauf verlassen können, dass die Leistungen, für die sie aufkomme, für die Betroffenen einen Nutzen hätten sowie medizinisch notwendig und wirtschaftlich seien. Durch die Ermächtigung könne das Ministerium die Entscheidungen des GBA unmittelbar vorbestimmen, heißt es in der in der **Stellungnahme des AOK-Bundesverbandes**.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

### KOMMENTAR

Jens Spahn lässt nicht locker. Nachdem der Bundesgesundheitsminister im Zuge des TSVG mit seinen Plänen gescheitert ist, mehr Einfluss auf die Methodenbewertung des GBA zu gewinnen, versucht er es beim nächsten Gesetz einfach noch einmal. Ist es Sturheit? Ist es Trotz? Oder gar Arroganz? Man weiß es nicht. Spahn selbst sagt, es gehe ihm um die Patienten. Mag sein, als nützliche Wähler vielleicht. Ob er wirklich deren Gesundheit im Blick hat, darf man bezweifeln, wenn der Minister ausgerechnet den Experten die Entscheidung über den Nutzen medizinischer Behandlungsmethoden entziehen will und somit deren Zulassung politischer Opportunität ausliefert. (rbr)

## ■ Neun Nominierte für Preis der Gesundheitsnetzwerker

Die Shortlist des Preises für Gesundheitsnetzwerker 2019 steht fest: Neun Projekte zur Förderung der Vernetzung im Gesundheitswesen sind in diesem Jahr nominiert. Die endgültigen Preisträger werden am 2. April 2019 auf dem 14. Kongress für Gesundheitsnetzwerker im dbb forum berlin bekannt gegeben. Seit 2012 wird der mit insgesamt 20.000 Euro dotierte Preis an Projekte verliehen, die sich auf innovative Weise für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung einsetzen. Die zentralen Kriterien dabei sind Vernetzung, Innovationsgehalt, Umsetzbarkeit und Prozessqualität. Bewerbungen konnten sich auch in diesem Jahr Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlichster Disziplinen des Gesundheitswesens. Die Jury wählte jetzt aus den Einreichungen insgesamt neun Projekte aus, die weiterhin auf den Preis hoffen können. Passend zum diesjährigen Kongressmotto „Versorgung digital: Total normal!“ – spiegelt sich in fast allen gelisteten Projekten wider, dass digitale Ansätze zu einer funktionierenden Vernetzung in der Versorgung unabdingbar dazugehören. Die Gesundheitsnetzwerker fördern als Plattform den Wissens- und Erfahrungsaustausch für ein zukunftsorientiertes Gesundheitswesen.

Infos: [www.gesundheitsnetzwerker.de](http://www.gesundheitsnetzwerker.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Reform der Psychotherapeuten-Ausbildung

Der Gesetzgeber will den Beruf des Psychotherapeuten attraktiver machen. Geplant ist unter anderem ein Studium auf Masterniveau mit Approbation. Den entsprechenden **Referentenentwurf** hatte das Bundesgesundheitsministerium Anfang Januar vorgelegt. Der AOK-Bundesverband hat nun den Gesetzentwurf in seiner Stellungnahme deutlich kritisiert: Studium und Approbationsurkunde allein sind aus seiner Sicht die falschen Mittel, um den Beruf des Psychotherapeuten attraktiver zu machen. Darüberhinaus sorgt sich der Verband um die Patientensicherheit. „Anders als in der ärztlichen Ausbildung wird keine längere zusammenhängende Praxisphase in Form eines Praktischen Jahres vorgesehen, womit praktische Erfahrungen der im Studium erworbenen theoretischen Kenntnisse und Fertigkeiten unter Aufsicht und Anleitung angewendet werden“, heißt es in der Stellungnahme zum Referentenentwurf. Außerdem orientiere sich die vorgesehene künftige Struktur der Ausbildung zu stark an der der Ärzte. Das Ministerium schätzt die Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ab dem Jahr 2026 auf einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag. Die Krankenkassen gehen von erheblich höheren Mehrkosten aus.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

## ■ Modellprojekt für weniger Patienten in der Klinik-Notaufnahme

Mit einer bundesweit einzigartigen Modellpraxis will die **Kassenärztliche Vereinigung** Rheinland-Pfalz helfen, die Notaufnahme der Universitäts-Klinik in Mainz zu entlasten und die Versorgung von Patienten zu verbessern. Die von der Uni-Klinik und der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz (KV) betriebene Allgemeinmedizinische Praxis am Campus (APC) sei Neuland in Deutschland, sagte der Medizinische Vorstand der Universitätsmedizin Prof. Norbert Pfeiffer. Etwa 40 Prozent der über 16.000 Patienten, die 2018 in die Notaufnahme der Uniklinik kamen, wären in der Obhut des Hausarztes gut aufgehoben gewesen, erläuterte der Leiter der Notaufnahme, Andreas Fischbach. In der APC werde mit Hilfe einer in der Schweiz bereits getesteten Software (SmED) schnell herausgefunden, wie dringend ein Patient behandelt werden müsse und wo, ergänzte Fischbachs Kollegin Birgit Schulz. Kein Patient werde aber weggeschickt, ohne von einem der drei Ärzte gesehen worden zu sein. Das Modellprojekt ist zunächst auf vier Jahre angelegt und wird wissenschaftlich begleitet. Die Uni-Klinik hat in die Räume nach eigenen Angaben rund eine halbe Million Euro investiert. Die KV rechnet mit einem Defizit von bis zu 250.000 Euro pro Jahr, das jeweils zur Hälfte von der KV und den Krankenkassen getragen werde.

Infos: [www.kv-rlp.de](http://www.kv-rlp.de)

### ZUR PERSON II



■ **Florian Reuther**, langjähriger Geschäftsführer und Leiter der Rechtsabteilung des Verbandes der Privaten Krankenversicherung (PKV), ist seit dem 1. März Direktor und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbandes. Er ist Nachfolger von Volker Leienbach, der nach 17 Jahren an der Spitze in den Ruhestand getreten ist.



■ **Dr. Friederike Burgdorf** ist neue Geschäftsführerin des Berufsverbandes der Deutschen Chirurgen e.V. (BDC) und der BDC Service GmbH. Nach ihrer praktischen ärztlichen Tätigkeit in der Kardiologie war Burgdorf seit 2008 in verschiedenen Positionen in der Kassenärztlichen Bundesvereinigung tätig. Zuletzt war die Ärztin und Gesundheitsökonomin Leiterin der Abteilung „Sektorenübergreifende Qualitätssicherung und Transparenz“.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Immer mehr Homöopathie

Der Absatz homöopathischer Arzneimittel in Deutschland ist weiter gestiegen. Nach Zahlen des Deutschen Zentralvereins homöopathischer Ärzte (DZVhÄ) haben Apotheken und Versandhandel im vergangenen Jahr rund 54,5 Millionen Packungen solcher Mittel verkauft, im Vorjahr waren es noch 53 Millionen. Zu 87 Prozent übernahmen die Verbraucher laut DZVhÄ die Kosten selbst, zu 13 Prozent verordneten Ärzte die Therapie auf Rezept. „Die Zahlen zeigen die hohe Bereitschaft der Bürger in Deutschland, Homöopathie zu nutzen und für ihre Gesundheit selbst einzustehen“, sagte die DZVhÄ-Vorsitzende Cornelia Bajic dpa. Wirkung und Kostenübernahme homöopathischer Mittel sind in der GKV allerdings umstritten. So hatte etwa Josef Hecken, Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses, gegenüber der Stuttgarter Zeitung gefordert, Homöopathie nicht mehr als Satzungsleistung der Kassen zuzulassen.

Infos: [www.dzvhae.de](http://www.dzvhae.de)

## ■ Deutscher Krebspreis 2019 geht nach Mainz

Prof. Dr. Ugur Sahin hat den Deutschen Krebspreis 2019 erhalten – eine der angesehensten Auszeichnungen in der Krebsmedizin in Deutschland. Sahin bekommt den Preis in der Kategorie Transferforschung für seine wegweisenden Arbeiten zu individualisierten Krebsimmuntherapien, insbesondere für die Entwicklung und klinische Erprobung von mRNA-basierten Impfstoffen, die auf das Mutationsprofil eines Krebspatienten zugeschnitten sind. Ugur Sahin lehrt an der Uni Mainz Translationale Onkologie und Immunologie. Er ist stellvertretender Leiter des Universitären Centrums für Tumorerkrankungen Mainz (UCT Mainz), Mitgründer des Spitzenforschungsinstituts TRON sowie der privaten Arzneimittel-entwickelnden Biotechnologieunternehmen Ganymed Pharmaceuticals und BioNTech.

Infos: [www.unimedizin-mainz.de](http://www.unimedizin-mainz.de)

## ■ Auftakt zu „Qualitätsdialogen“

Mit einer Konferenz des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) in Berlin haben über 20 Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet einen gemeinsamen, mehrjährigen Prozess zur Qualitätsentwicklung Früher Hilfen gestartet. An dem Projekt „Qualitätsdialoge Frühe Hilfen“ des NZFH beteiligen sich über 200 Akteure aus der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen, der Kommunalpolitik, der Verwaltung sowie dem Ehrenamt. Auf der Konferenz trafen sie sich zu einem ersten gemeinsamen Austausch. Die Qualitätsdialoge werden aus Mitteln der Bundesstiftung Frühe Hilfen des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend sowie von der Stiftung Auridis gefördert.

Infos: [www.fruehehilfen.de](http://www.fruehehilfen.de)

## ZUR PERSON III



### ■ Rainer Striebel

*bleibt Vorstandsvorsitzender der AOK PLUS. Der Verwaltungsrat der sächsisch-thüringischen AOK bestätigte ihn ebenso für eine weitere Amtszeit wie seinen Stellvertreter Dr. Stefan Knupfer.*

## Vorschau

**G+G** | 3/2019

Gesundheit und Gesellschaft

### Konzepte für die Provinz

Viele Menschen auf dem Land sorgen sich um die Gesundheitsversorgung der Zukunft. Thomas Rottschäfer berichtet über die jüngst gestartete AOK-Initiative „Stadt. Land. Gesund.“

### „Gestaltungsfreiheit für Gemeinden“

Für die Zukunft dünn besiedelter Gegenden bedarf es guter Ideen. Der Regionalplaner Rainer Winkel fordert bedarfsgerechtere Ziele statt starrer Richtwerte für Schulen und Praxen.

### „Es sind dicke Bretter zu bohren“

Arzneimittel-Kontrolle, ländliche Versorgung, Finanzierung der Pflege: Brandenburgs Gesundheitsministerin Susanna Karawanskij erklärt im G+G-Interview, wie sie ihre umfangreiche Agenda bearbeiten will.

## GKV-Finanzentwicklung 2018

	GKV	AOK	BKK	IKK	EK
Ärztliche Behandlung	2,3	0,1	3,9	4,0	3,5
Behandlung durch Zahnärzte (ohne Zahnersatz)	1,9	2,6	1,4	0,9	1,7
Zahnersatz	0,7	0,1	1,0	0,8	1,2
Arzneimittel	2,3	0,8	4,6	4,4	2,6
Hilfsmittel	4,0	1,8	5,2	4,2	5,9
Heilmittel	10,7	8,4	10,2	10,0	12,9
Krankenhausbehandlung	2,3	0,4	3,8	4,4	3,4
Krankengeld	5,8	7,0	5,6	7,0	4,7
Fahrtkosten	6,7	4,1	7,9	9,7	9,0
Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen	1,6	0,3	2,4	3,2	2,7
Früherkennungsmaßnahmen	3,4	2,4	2,4	0,2	5,5
Häusliche Krankenpflege	5,1	2,6	5,6	11,2	6,7
Ausgaben für Leistungen insgesamt (inkl. Netto-Vwvk)	3,1	1,2	4,2	4,8	4,1

Der Überschuss der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist 2018 mit zwei Milliarden Euro geringer ausgefallen als 2017. Damals waren es 3,15 Milliarden Euro. 2018 standen Einnahmen von rund 241,4 Milliarden Euro Ausgaben von rund 239,4 gegenüber.

(Quelle: KV 45, BMG)

Infos: [www.bundesgesundheitsministerium.de](http://www.bundesgesundheitsministerium.de)

## WIdO: Neue Homepage mit mehr Service

Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) hat sein Internetangebot neu gestaltet und bietet zahlreiche Reporte jetzt auch zum kostenlosen Download an. So sind der **Versorgungs-Report**, der **Krankenhaus-Report**, der **Qualitätsmonitor** und der **Pflege-Report** künftig frei verfügbar. Teilweise können auch ältere Reporte aus den letzten Jahren abgerufen werden. Viele andere regelmäßige WIdO-Publikationen stehen ebenfalls kostenfrei zum Download zur Verfügung. Neben den Publikationen bietet die Homepage auch einen neuen, zentralen Newsletter, der regelmäßig über Projekte, Veröffentlichungen und Vorträge des Instituts informiert. Er löst die bisherigen Newsletter-Angebote ab, deren Empfänger sich neu anmelden können. Das Spektrum der WIdO-Themen reicht von Auswertungen zu Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsaspekten des Gesundheitssystems über Fragen der ambulanten und stationären Versorgung, der Arzneimittel- und Heilmittelversorgung bis zur sektorenübergreifenden Qualitäts- und Versorgungsforschung.

Infos: [www.wido.de](http://www.wido.de)

## «BLICKPUNKT HINTERGRUND»

## ■ Krankheitsbedingte Fehlzeiten hängen stark vom Beruf ab

**Wie lange Beschäftigte krankheitsbedingt fehlen, ist eng verknüpft mit der beruflichen Tätigkeit. Das zeigt eine aktuelle Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) mit den AOK-Arbeitsunfähigkeitsdaten. Ebenso beeinflussen berufsspezifische Anforderungen auch die Art der Erkrankung. Der Auswertung des WIdO liegen die Daten von knapp 14 Millionen AOK-versicherten Arbeitnehmern zugrunde, die 2018 in mehr als 1,6 Millionen Betrieben tätig waren.**

So fehlten Arbeitnehmer in den Berufen mit den höchsten Krankenständen im Jahr 2018 durchschnittlich 26,3 Tage. In den Berufen mit den niedrigsten Krankenständen waren es nur halb so viele, im Schnitt 12,8 Tage. Die geringsten Ausfallzeiten hatten mit 4,6 Tagen Beschäftigte in den Berufen der Hochschullehre und -forschung, die höchsten Werte hatten Beschäftigte in der Ver- und Entsorgung mit 32,5 Tagen. „Jeder Beruf beinhaltet ein spezifisches gesundheitliches Risikoprofil. Präventionsangebote im Betrieb müssen daher immer auf die jeweilige Berufsgruppe angepasst werden“, so Helmut Schröder, stellvertretender Geschäftsführer des WIdO.

Die Analyse des WIdO zeigt, wie stark der ausgeübte Beruf sowohl den Umfang krankheitsbedingter Fehlzeiten als auch die Art der Erkrankung beeinflusst. Den Spitzenplatz bei den Krankheitstagen nahmen 2018 Berufsgruppen aus den Bereichen Ver- und Entsorgung mit 32,5 Fehltagen pro Jahr ein, gefolgt von den Straßen- und Tunnelwärtern mit 31,4 Fehltagen und den Berufen in der industriellen Gießerei mit 30 Fehltagen. Diese Berufsgruppen haben hohe körperliche Arbeitsbelastungen. Die niedrigsten Fehlzeiten hingegen hatten im gleichen Jahr Berufe in der Hochschullehre und -forschung mit lediglich 4,6 Fehltagen, gefolgt von den Berufen in der Softwareentwicklung mit 7,7 Fehltagen.

### » Einfluss des Alters auf die Arbeitsunfähigkeit ist geringer

Vergleicht man alle erwerbstätigen AOK-Mitglieder miteinander, so zeigt sich, dass die 20 Prozent der AOK-versicherten Beschäftigten in den Berufen mit den höchsten Fehlzeiten an durchschnittlich 26,3 Tagen krankheitsbedingt nicht arbeiten konnten, bei den 20 Prozent mit den geringsten Fehlzeiten waren es weniger als die Hälfte – und zwar nur 12,8 Tage. Ein deutlicher Unterschied zwischen diesen extremen Quintilen, die jeweils 2,5 Millionen AOK-Mitglieder in den betroffenen Berufen umfassen, bleibt auch erhalten, wenn die Altersunterschiede bei den beiden extremen Quintilen statistisch ausgeglichen werden.

Bei den Berufsgruppen mit den meisten krankheitsbedingten Fehlzeiten bleiben es dann immer noch 25,5 Fehltage, bei den mit den wenigsten sind es nur 13,6 Fehltage. Dies macht deutlich, dass die Art der beruflichen Tätigkeit die Fehlzeiten stärker als das Alter beeinflusst. „In Zeiten des Fachkräftemangels unterstützen bereits heute viele Unternehmen ihre Beschäftig-

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

ten dabei, möglichst lange gesund im Betrieb zu bleiben. Hierzu sind auch altersgerechte Arbeitsbedingungen notwendig, die insbesondere den spezifischen Bedürfnissen älterer Beschäftigter Rechnung tragen“, so Schröder.

#### » Der Beruf bestimmt auch die Art Krankheit

Wie sehr die berufsspezifischen Anforderungen die Art der Erkrankung beeinflussen, zeigt sich unter anderem beim Vergleich der Muskel-Skelett-Erkrankungen. Diese treten bei Berufen mit körperlich belastenden Tätigkeiten besonders häufig auf. So wiesen Beschäftigte in den Berufen der Ver- und Entsorgung im Jahr 2018 durchschnittlich 11,6 Fehltage und Straßen- und Tunnelwärter durchschnittlich 11,4 Fehltage aufgrund von Muskel-Skelett-Erkrankungen auf. Über alle Berufe hinweg sind es bei den AOK-Mitgliedern hingegen nur 5,8 Fehltage.

Überdurchschnittlich viele Fehltage aufgrund von psychischen Erkrankungen finden sich dagegen eher in den dienstleistungsorientierten Berufen: Auffällig sind hier insbesondere die Berufe im Dialogmarketing, zu denen Beschäftigte im Callcenter gehören. Jeder Beschäftigte in diesem Beruf fehlt durchschnittlich 7,1 Tage aufgrund einer psychischen Erkrankung. Auch Berufe in der Haus- und Familienpflege und in der Altenpflege sind hohen psychischen Belastungen ausgesetzt. Hier fehlte jeder Beschäftigte im Schnitt 6,3 bzw. 6,0 Tage aufgrund einer psychischen Erkrankung. Der Durchschnitt über alle Berufe lag bei 3,0 Fehltagen.

#### » Erkältungswelle lässt Krankenstand steigen

Insgesamt ist der Krankenstand im Jahr 2018 um 0,2 Prozentpunkte auf 5,5 Prozent angestiegen. Damit hat jeder AOK-versicherte Beschäftigte im Durchschnitt 19,9 Tage aufgrund einer ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung im Betrieb gefehlt (2017: 19,4 Tage). Nachdem bereits 2017 eine Erkältungswelle zu beobachten war, hat die erneute Erkältungswelle Anfang des Jahres 2018 zu weiter steigenden Fehlzeiten geführt. Die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund von akuten Infektionen der oberen Atemwege – hierunter fallen die Erkältungskrankheiten – stieg dabei um 10,5 Prozent (0,2 Tage) im Vergleich zum Vorjahr an.

Arbeitnehmer, die viel Kontakt mit anderen Menschen haben, beispielsweise in einem Großraumbüro oder in sozialen Berufen, sind besonders gefährdet. Sie waren 2018 auffallend oft von akuten Erkältungskrankheiten betroffen. Callcenter-Mitarbeiter im Dialogmarketing belegten mit 4,8 erkältungsbedingten Fehltagen den Spitzenplatz, gefolgt von den Beschäftigten in der Kinderbetreuung und -erziehung (3,6 Fehltage).

Auch psychische Erkrankungen haben die Fehltage 2018 weiter ansteigen lassen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Fehltage um 2,7 Prozent (0,1 Tage). Mit 26,3 Tagen je Fall dauerten psychische Erkrankungen außerdem mehr als doppelt so lange wie der Durchschnitt mit 11,8 Tagen je Fall.

Infos: [www.wido.de](http://www.wido.de)